

## **Gemeinderatssitzung am 25. November 2019**

### **Rede von Oberbürgermeister Hans Jürgen Pütsch anlässlich der Einbringung des Haushaltes 2020 – es gilt das gesprochene Wort –**

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderats,  
verehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,  
verehrte Gäste der heutigen Gemeinderatssitzung,

in der kalten Jahreszeit erinnert man sich gerne an den letzten Strandurlaub zurück. Dort begegnen wir einem bekannten Ritual: Wenn sich das Wasser zurückzieht, ist es in wenigen Stunden garantiert wieder da. Ebbe und Flut wechseln sich in einem regelmäßigen Rhythmus ab. Auf die Gezeiten ist Verlass. Sie sind vorhersehbar und können berechnet werden. Warum ich das sage? Mit unseren Gewerbesteuereinnahmen verhält es sich leider nicht ganz so einfach. Unsere Einnahmen sind zwar auch immer wieder Schwankungen unterworfen, aber diese lassen sich leider nicht so zuverlässig vorhersagen, wie die Gezeiten.

In den vergangenen Jahren durften wir uns sicherlich nicht beklagen. Die Gewerbesteuer hat der Stadtkasse eine Flut an Einnahmen beschert, die den Stadtsäckel zunächst auch prall gefüllt hat. Da konnten wir auch Reserven ansparen. Dass diese Flut an Einnahmen nicht immer so bleiben wird und wir auch wieder mit geringeren Einnahmen rechnen müssen, war zu erwarten. Dass der Einbruch unserer wichtigsten Einnahmequelle aber so gewaltig ausfallen würde, hat uns dann doch überrascht. Es bleibt abzuwarten, ob wir von einer kurzfristigen wirtschaftlichen Delle oder von einer längerfristigen ausgemachten Rezession ausgehen müssen. Da sind sich die Wirtschaftsweisen selbst noch nicht einig. Deshalb haben wir vorsichtig kalkuliert, gerade auch wegen unserer Abhängigkeit zur Automobilindustrie.

Unseren Planansatz in 2019 von 55 Mio. Euro werden wir bekanntlich bei weitem verfehlen. Vielleicht werden wir statt der zuletzt genannten 13 Mio. Euro zum Jahresende eventuell doch noch rund 16 Mio. Euro an Gewerbesteuer vereinnahmen können. Doch auch diese leichte Verbesserung wird nichts daran ändern, dass wir abzüglich der geringeren Umlagezahlungen in 2019 rund 32 Mio. Euro weniger Steuern in der Kasse haben werden

als geplant. Dank der zurückliegenden guten Jahre herrscht zwar aktuell noch nicht gleich „Ebbe“ in der Kasse, aber unsere mittelfristige Finanzplanung zeigt auf, dass unser Sparstrumpf, wenn keine Änderungen eintreten, bis Ende 2023 aufgebraucht sein wird.

Es ist kein Geheimnis, dass die Automobilindustrie und ihre Zulieferer großen Einfluss auf unsere Steuereinnahmen haben. Ein stagnierender bis schrumpfender Automarkt und gewaltige Investitionen in Zukunftstechnologien: Aktuelle Studien erwarten, dass die Margen bei Herstellern und Zulieferern drastisch sinken werden. Insofern müssen wir möglicherweise davon ausgehen, dass die Ebbe bei den Steuereinnahmen längerfristig sein könnte. Wir haben, als vorsichtiger Kaufmann, daher für das Jahr 2020 die mittelfristige Finanzplanung nur noch mit jährlichen Gewerbesteuererinnahmen von 25 Mio. Euro kalkuliert. Gegenwärtig erscheint auch diese Summe durchaus ambitioniert. Die aktuell bekannten Vorauszahlungen für das kommende Jahr liegen derzeit bei nur rund 21 Mio. Euro.

Gelingt der Automobilindustrie der anstehende Transformationsprozess, erhöhen sich mittel- bis langfristig auch für Rastatt wieder die Chancen auf steigende Steuereinnahmen. Wir sind daher gut beraten, den Strukturwandel in der Automobilindustrie im Rahmen unserer Möglichkeiten zu unterstützen und trotz der Entscheidung von Daimler, die Werkserweiterung vorerst auf Eis zu legen, an dem Thema weiter zu arbeiten. Zu Beginn des neuen Jahres werden wir den Gremien einen Vorschlag unterbreiten, wie es künftig zu diesem Thema weitergehen soll.

Auch im kommenden Jahr haben wir wieder viel vor. Um im Bild zu bleiben: Eine Flut von Aufgaben wartet auf uns!

Für die **Bildung** unserer Kinder wollen wir auch in 2020 wieder viel Geld in die Hand nehmen. Dieses Geld ist gut angelegt. Bildung ist ein maßgeblicher Faktor für individuelle Lebenschancen. Bildung fördert die wirtschaftliche Entwicklung und soziale Integration.

Beim Neubau der **Hans-Thoma-Schule** war es richtig, im Mai die Ausschreibung für die Rohbauarbeiten aufzuheben und den Beginn der Bauarbeiten auf das kommende Jahr zu verschieben. Wir haben die Zeit bis zum Jahresende dafür genutzt, viele Gewerke bis dahin auszuschreiben und zu submittieren, um eine größtmögliche Kostensicherheit zu erhalten.

Auf den gesonderten Tagesordnungspunkt der heutigen Sitzung darf ich verweisen. Für das kommende Jahr haben wir eine weitere Teilrate von 8 Mio. Euro für den Neubau eingeplant.

Darüber hinaus werden wir im kommenden Jahr weitere 5 Mio. Euro in den Schulbereich investieren. Wir freuen uns, dass Rastatt ein attraktiver Wirtschaftsstandort mit zentraler Lage in der Technologieregion Karlsruhe ist.

Eine gute Infrastruktur und Erreichbarkeit, verfügbare Fachkräfte und eine hohe Qualität im Landschaftsumfeld haben auch dazu geführt, dass die Zahl der Beschäftigten in den letzten

Jahren gestiegen ist. Dies zeigt sich auch auf dem Wohnungsmarkt. Nach der Wohnungsmarktanalyse sind die Baufertigstellungen in Rastatt im Jahr 2017 und 2018 stark gestiegen. Wurden zwischen 2009 und 2016 durchschnittlich rund 70 Wohneinheiten pro Jahr fertiggestellt, so waren es 2017 und 2018 im Schnitt rd. 370 Wohneinheiten pro Jahr. Damit wurden in Rastatt in den beiden Jahren 2017 und 2018 mehr Wohnungen gebaut als in den acht Jahren davor.

Entsprechend ergeben sich auch Auswirkungen auf die Bevölkerung im Krippen- und Kindergartenalter. Mit der wachsenden Zahl der Kinder im Kindergartenalter steigt auch die Nachfrage nach **Kindertagesbetreuungsplätzen** an. Bereits jetzt gibt es Schwierigkeiten, allen Eltern zum gewünschten Termin einen Betreuungsplatz anzubieten. Weitere Plätze müssen dringend geschaffen werden, damit der Rechtsanspruch sichergestellt werden kann. Angestoßen sind bereits einige Projekte - die Erweiterungen der Kindertagesstätten Friedrich-Oberlin und Stockhorn sind bzw. werden im kommenden Jahr abgeschlossen. Ebenfalls wird die Erweiterung Ottersdorf bereits baulich umgesetzt. Die Neubauten in der Rheinau und in Plittersdorf befinden sich in der Endstufe der Planung. Im nächsten Haushaltsplan und der mittelfristigen Finanzplanung stellen wir allein für die Realisierung dieser baulichen Maßnahmen rd. 20 Mio. Euro ein. Dienten die Jahre 2008 bis 2018 vor allem dem Ausbau der Krippenplätze, so steht der weitere Ausbau vorrangig unter der Notwendigkeit, die soziale Infrastruktur im Bereich der Kindertagesbetreuung dem wachsenden Bedarf in der Stadt entsprechend nachzuführen. Mit den projektierten Ausbauten werden nun weitere 40 Krippen- und je nach Betreuungsform bis zu 245 Kindergartenplätze bereitgestellt, die zunächst dazu beitragen, den Rechtsanspruch sicherzustellen. Jedoch sind in die aktuelle Bedarfsplanung steigende Kinderzahlen aufgrund der Bauentwicklung im Hatzareal, Franzareal und der Diana-Werke noch nicht eingerechnet. Die nächste Bedarfsplanung könnte deshalb weitere Bedarfe aufzeigen.

Unsere **Feuerwehr** leistet großartige Arbeit.

Die aktuelle Fortschreibung des Feuerwehrbedarfsplanes hat das nochmals eindrucksvoll bestätigt. Die Rastatter Feuerwehr hat im Schnitt rd. 460 Einsätze im Jahr zu bewältigen.

Dass diese Vielzahl an Einsätzen von den über 200 ehrenamtlichen Kräften ohne zusätzliche Unterstützung nicht länger leistbar ist, kann wohl jeder nachvollziehen. Es gilt immer wieder hervorzuheben, dass unsere Feuerwehrfrauen und Feuerwehrmänner für diesen Einsatz ihre Freizeit opfern und freiwillig Aufgaben übernehmen, die auch Gefahren in sich bergen und manchen schlimmen Anblick mit sich bringen. Das verdient unseren Dank und unsere Anerkennung.

Insofern bin ich auch sehr froh, dass über alle Fraktionen hinweg die Bereitschaft bekundet wurde, die Zahl der hauptamtlichen Feuerwehrkräfte um 5,36 Stellen aufzustocken. Wir

müssen die ehrenamtlichen Kräfte dringend entlasten. Nur so wird es uns gelingen, das System der Ehrenamtlichen zu retten. Um das Leben, die Gesundheit und den Besitz unserer Bürgerinnen und Bürger schützen zu können, bedarf es auch einer guten **Ausstattung der Feuerwehr**. Das ist zu unser` aller Schutz. Hierzu gehören auch Feuerwehrhäuser, die den heutigen Anforderungen entsprechen. Der Feuerwehrbedarfsplan sieht dringenden Handlungsbedarf in der Kernstadt, Plittersdorf und Ottersdorf. Aufgrund der begrenzten finanziellen Mittel können wir nicht alles auf einmal umsetzen. Der Schwerpunkt liegt zunächst beim Neubau eines Feuerwehrstandortes in Plittersdorf. Hierfür haben wir im kommenden Haushaltsplan entsprechende Mittel eingestellt. Voraussichtlich noch in der Dezember-Sitzung werden wir dem Gemeinderat einen konkreten Standort für die Plittersdorfer Kameraden vorschlagen. Ferner haben wir im kommenden Jahr für den Standort in der Kernstadt einen Betrag von 130.000 € für eine Konzeptstudie eingestellt. Auf den gesonderten Tagesordnungspunkt der heutigen Sitzung darf ich ergänzend verweisen.

Die Flut von Aufgaben führt allerdings nicht nur bei der Feuerwehr zu einer Stellenmehrung. Insgesamt haben wir die **Verwaltung** in den letzten Jahren leistungsfähiger aufgestellt und werden nicht umhin kommen, auch noch weitere Stellen zu schaffen, wollen wir alle anstehenden Aufgaben bewältigen. Nur mit dem notwendigen qualifizierten Personal können wir die zu erfüllenden Aufgaben gut erfüllen. Das sind wir im Sinne des Gemeinwohls unseren Bürgerinnen und Bürgern schuldig. Die unzureichende Unterbringungssituation der Verwaltung hat sich damit weiter verschärft. Die vorhandenen Raumkapazitäten sind ausgeschöpft und reichen nicht mehr aus. Ich bin daher dem Gemeinderat sehr dankbar, dass er zur Unterbringung der Verwaltung dem Erwerb des **ehemaligen Postgebäudes** zugestimmt hat. Die notarielle Beurkundung des Kaufvertrages ist zwischenzeitlich erfolgt und ermöglicht es uns, auf die im letzten Haushaltsplan eingestellten Mittel für die Erweiterung des Verwaltungsgebäudes Kaiserstraße 48a im New-Britain-Park zu verzichten. Erste Planungsarbeiten für den Umbau und die Modernisierung des ehem. Postgebäudes wurden in die mittelfristige Finanzplanung eingestellt. Unsere Rathäuser sind mitten in der Stadt – und damit als zentrale Anlauf- und Servicestellen für die Bürgerinnen und Bürger gut zu erreichen.

Die **Neustrukturierung der Technischen Betriebe** schreitet voran. Weitere Gewerke für den Neubau des Verwaltungs- und Sozialgebäudes sowie für das Lager- und Werkstattgebäude sind heute Gegenstand der Tagesordnung. Im kommenden Haushalt haben wir für die beiden nächsten Jahre über 11 Mio. Euro zur Realisierung des Vorhabens eingeplant.

Einen wichtigen Investitionsschwerpunkt bildet wieder der **Tiefbau**. Mehr als 33 Mio. Euro wollen wir in den kommenden vier Jahren für unsere Infrastruktur in die Hand nehmen. Wir investieren u.a. in Straßen, Barrierefreiheit, den Hochwasserschutz und auch unseren Bahnhof.

Wie schon mehrfach betont, hilft uns der **Hochwasserschutz** bei der städtebaulichen Weiterentwicklung der Stadt – schließlich sind heute noch große Flächen südlich der Murg als Überschwemmungsgebiet festgesetzt und somit einem generellen Bauverbot und engen Restriktionen für Ausnahme-Baugenehmigungen unterlegen. Mit ertüchtigten Dämmen entfällt dieses Korsett für die bauliche Entwicklung. Vom Land können wir eine Refinanzierung von 70 v.H. der Kosten erwarten. Gefahren drohen jedoch nicht nur von der Murg, sondern auch vom Rhein. Es ist daher erfreulich, dass wir auch hier vorankommen, wie Sie dem vorangegangenen Tagesordnungspunkt entnehmen konnten.

Auf einen barrierefreien modernisierten **Bahnhof** müssen wir schon viel zu lange warten. Nachdem sich die Deutsche Bahn endlich bewegt hat, muss nun auch das erforderliche Planfeststellungsverfahren beim Regierungspräsidium höchste Priorität erhalten. Die besprochenen Zeiträume bis Ende 2023 für die Inbetriebnahme des erneuerten Bahnhofes sind unbedingt einzuhalten. Ich kann Ihnen erneut versichern, dass wir und ich besonders nicht locker lassen und regelmäßig alle beteiligten Partner auf die Dringlichkeit der Umsetzung der Maßnahmen hinweisen werden. Das sind wir unseren Bürgerinnen und Bürgern schuldig. Gelder für den städtischen Finanzierungsanteil sowie für barrierefreie Umbauten der städtischen Anschlussbereiche der Bahnhofsunterführung sind im Haushalt eingestellt.

Die weitere Entwicklung unserer **Dörfer** liegt mir besonders am Herzen.

In **Wintersdorf** wollen wir in Kürze den Satzungsbeschluss für den Bebauungsplan „Krautstücker I“ treffen. Das städtebauliche Konzept sieht eine Bebauung mit Einzel- und Doppelhäusern vor. Es handelt sich um eine städtische Fläche, so dass wir auch eine zügige Bebauung dieser Flächen sicherstellen können. Mit dem Ortschaftsrat besprochen ist auch der Bau der Dorfstraße, mit deren konkreter Planung nun begonnen werden wird. Anfang nächsten Jahres werden der Ortschaftsrat und der Gemeinderat eine Infovorlage mit Zeitplan und zum weiteren Vorgehen erhalten.

In **Ottersdorf** wollen wir im Bereich „Gänsewäldele“ die Lebensmittel-Nahversorgung verbessern. Auch hier handelt es sich um eine städtische Fläche. Vom Regionalverband haben wir positive Signale erhalten, dass die Ansiedlung eines großflächigen Einzelhandels möglich ist, sofern die Ergebnisse der Auswirkungsanalyse zu keinen gegenteiligen Ergebnissen kommen. Leider können wir den angedachten Bebauungsplan erst konkret beschließen, wenn von Seiten des Investors die Baupläne vorliegen.

Die Gespräche mit den Betreibern sind weit fortgeschritten. Jetzt bedarf es noch der Annahme des städtischen Angebots durch den Betreiber.

Wie im Feuerwehrbedarfsplan festgestellt wurde, ist der bisherige Standort in **Plittersdorf** nicht für eine zukunftsfähige Entwicklung der Feuerwehr geeignet, sodass nur ein Neubau an einem anderen Standort in Betracht kommt. Wie bereits ausgeführt, werden wir in den nächsten Wochen dem Gremium einen konkreten Standort für den Neubau des Feuerwehrhauses vorschlagen.

Das Bebauungsplanverfahren für den **Neubau der Kindertagesstätte** in Plittersdorf ist bereits weit fortgeschritten, so dass wir im kommenden Jahr einen entsprechenden Satzungsbeschluss fassen können.

In **Rauental** wollen wir die weitere Entwicklung des Ortsteils mit der Erschließung eines neuen Baugebietes im Gewann „Vogelsand“ voranbringen. Ich darf hierzu auch auf den gesonderten Tagesordnungspunkt der heutigen Sitzung verweisen. Außerdem stecken wir mitten in den Vorplanungen zum Umbau der Hauptstraße. Sobald wir ein Verkehrsplanungsbüro aufgetan haben, werden wir die Pläne konkretisieren.

In **Niederbühl** werden im künftigen Baugebiet „Hebelstraße“ attraktive Einzel- und Doppelhäuser entstehen. Das Bebauungsplanverfahren ist bereits weit fortgeschritten. In der letzten Sitzung wurde eine erneute Offenlage des Bebauungsplans beschlossen. Da es sich um eine städtische Fläche handelt, wird auch hier alsbald eine zügige Bebauung möglich sein.

Im Haushaltsplan haben wir für die Umsetzung von **Maßnahmen der Dorfentwicklung** in den kommenden Jahren über 4 Mio. Euro eingeplant, die u.a. für die Rheinpromenade in Plittersdorf, die Neugestaltung der Hauptstraße in Rauental sowie der Dorfstraße in Wintersdorf vorgesehen sind. Damit unsere Dörfer noch attraktiver werden.

Den ursprünglichen Zeitplan beim Neubau des **Kombibades** können wir leider nicht mehr einhalten. Vor Oktober 2025 ist eine Eröffnung des Hallenbadbereichs nicht mehr realistisch. Der Neubau des Kombibades wird zwar über den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Bäder, Versorgung und Verkehr abgewickelt, gleichwohl wird auch der städtische Haushalt zur Finanzierung des Kombibades beitragen müssen, um auch in Zukunft die finanzielle Leistungsfähigkeit des steuerlichen Querverbundes „Stadtwerke“ sicherzustellen. Die im aktuellen Haushaltsplan für 2022 vorgesehene erste Teilrate von 5 Mio. Euro für eine Stammkapitalerhöhung des Eigenbetriebes haben wir im neuen Haushaltsplanentwurf aufgrund der aktuellen Entwicklung nach 2023 geschoben. Des Weiteren haben wir im

Haushaltsplan der Stadt für die verkehrliche Erschließung des Kombibades in den kommenden Jahren über 2 Mio. Euro eingestellt.

Neben den Investitionen in Neubauten dürfen wir auch die **Unterhaltung unserer bestehenden Bausubstanz** nicht vernachlässigen. Mit der Auflösung des Eigenbetriebs Wohnungswirtschaft und der Zusammenfassung unserer Gebäude im neuen **Fachbereich Gebäudemanagement** sind wir hier für die Zukunft gut aufgestellt. Über 21 Mio. € werden in den kommenden Jahren in die Unterhaltung unserer Gebäude fließen. Die Vorgabe unseres operativen Zieles, dass die Unterhaltungsaufwendungen für Gebäude mindestens so hoch sein sollen wie die Abschreibungen, werden wir auch im kommenden Jahr wieder bei weitem übertreffen.

Mit entsprechenden Ansätzen für den **Grunderwerb** wollen wir auch in den kommenden Jahren die Möglichkeit nutzen, um auf Entwicklungen im Wohn- und Gewerbeflächenbereich reagieren zu können. Welche Möglichkeiten uns die Haushaltssituation dazu lässt bleibt abzuwarten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in den nächsten zwei Jahren wollen wir insg. über 88 Mio. € investieren. Hiervon über 73 Mio. € für Baumaßnahmen. In Rastatt bewegt sich etwas. Hierbei hilft uns, dass wir in den vergangenen Jahren gut gewirtschaftet haben und der Sparstrumpf recht gut gefüllt ist. Gleichwohl reicht die vorhandene Liquidität zur Finanzierung der geplanten Investitionen nicht mehr aus. Unser Sparstrumpf ist löchrig. Der drastische Einbruch bei der Gewerbesteuer macht ein schnelleres Abschmelzen des Ersparnen erforderlich. Wir werden auch nicht umhin kommen, im Haushaltsplan nach vielen Jahren wieder **Kreditaufnahmen** einzuplanen. Für das kommende Jahr ist eine Kreditaufnahme von 10 Mio. € vorgesehen. Insgesamt benötigen wir in den kommenden vier Jahren sogar 30 Mio. € an Krediten um unsere Aufgaben finanzieren zu können. Trotz dieser geplanten Kreditaufnahmen von 30 Mio. € werden wir, sollten sich die Rückgänge bei der Gewerbesteuer mittelfristig verfestigen, Ende 2023 nur noch die gesetzlich vorgesehene Mindestliquidität von knapp 3 Mio. € vorhalten können.

Dies bleibt natürlich nicht ohne Konsequenzen. In der mittelfristigen Finanzplanung haben wir bereits ab 2022 unsere Investitionssumme deutlich reduziert und fast halbiert. Die Alternative wäre sonst gewesen, noch mehr Kreditaufnahmen einzuplanen. Gegenwärtig müssen wir noch davon ausgehen, dass wir alle Investitionen ab 2024 ausschließlich über Kredite finanzieren müssten. Trotz des aktuell günstigen Zinsniveaus sind wir etwas vorsichtig. Sicherlich können wir in den nächsten Jahren nicht unbegrenzt Schulden anhäufen.

Die Tilgungen für die Kredite würden uns ansonsten im Finanzhaushalt zu sehr einschränken.

Auch der Blick auf das laufende Geschäft, den **Ergebnishaushalt**, fällt etwas nüchterner aus. Ein wichtiges Merkmal für die Leistungsfähigkeit eines Haushalts ist es, ob es gelingt, den Ressourcenverbrauch zu erwirtschaften. In den kommenden vier Jahren werden wir dieses Ziel dank steigender Abschreibungen und sinkender Einnahmen verfehlen. Lediglich in 2020 wird es uns dank hoher Auflösung von Finanzausgleichsrückstellungen gelingen, den Ressourcenverbrauch zu erwirtschaften. In den Folgejahren steigt der Fehlbedarf stetig an und summiert sich auf insgesamt über 18 Mio. € bis Ende 2023, sollte sich die wirtschaftliche Situation nicht verbessern.

Es ist daher dringend geboten, zu beraten, wie wir die **Ertragskraft des städtischen Haushalts** wieder verbessern können. Die Erfahrungen aus früheren Konsolidierungsrunden zeigen, dass es sehr schwer fällt, auf der Ausgabenseite zu hohen Einsparungen zu kommen. Auch im Freiwilligkeitsbereich haben wir in der Vergangenheit nicht ohne Grund entsprechende Aufwendungen getätigt, sondern weil wir sie für unbedingt erforderlich angesehen haben. Bei allen Konsolidierungsrunden wurden größere Summen meistens nur über die Verbesserung der Einnahmensituation erzielt. Ich rege daher an, in den Fraktionen darüber nachzudenken, ob wir nach längerer Zeit wieder eine **Erhöhung des Hebesatzes der Gewerbesteuer** in den Blick nehmen sollten. Die letzte Erhöhung datiert aus dem Jahr 2010. Bei der Gewerbesteuer handelt es sich um eine Ertragsteuer.

Nur wenn Unternehmen auch Gewinne im gewerbesteuerrechtlichen Sinne erzielen, müssen sie diese Steuer bezahlen. Insofern werden letztlich auch nur wirtschaftlich leistungsfähige Unternehmen zur Gewerbesteuer herangezogen. Bei einem Gewerbesteueraufkommen von 25 Mio. € würde eine Erhöhung des Hebesatzes von 390 v.H. auf 420 v.H. die Ertragskraft des Ergebnishaushalts jährlich um rd. 1,92 Mio. € verbessern. Im Gegensatz zu Mehreinnahmen bei gleichem Hebesatz, die zu einer höheren Steuerkraftmesszahl führen und damit geringere Zuweisungen und höhere Umlagen zur Folge haben, verbleiben die Mehrerträge aufgrund einer Erhöhung des Hebesatzes tatsächlich bei der Kommune.

Da die Stadt Rastatt eine eigene Hebesatzsatzung hat, muss das Thema nicht im Zuge der Haushaltsberatungen abschließend geklärt werden. Ich wäre Ihnen aber dankbar, wenn Sie uns in den Beratungen entsprechende Signale zukommen lassen könnten, ob wir eine Erhöhung des Hebesatzes der Gewerbesteuer ab dem Jahr 2021 im kommenden Jahr auf die Tagesordnung setzen sollen. Ich lade Sie ein, Ihre Ideen zu einer Konsolidierung unseres Haushalts einzubringen.



Lange hat es gedauert, aber am Ende haben sich Bund und Länder noch rechtzeitig auf eine **Reform der Grundsteuer** geeinigt. Damit ist die Erhebung der Grundsteuer ab dem Jahr 2020 bis Ende 2024 auf bisheriger Basis weiter möglich. Auf die jährlichen Einnahmen von fast 9,5 Mio. € sind wir zwingend angewiesen. Es wurde eine wertorientierte Reform der Grundsteuer beschlossen. Aufgrund der Länder-Öffnungsklausel sind auch in Baden-Württemberg abweichende landesrechtliche Regelungen möglich. Es bleibt abzuwarten, ob die Landesregierung hiervon Gebrauch machen will. Städte- und Gemeindetag haben mehrfach betont, dass die Reform aufkommensneutral umgesetzt werden soll. Ungeachtet des künftigen Reformmodells werden sich aber für den einzelnen Steuerschuldner sicherlich Änderungen ergeben. Einige werden mehr zahlen müssen, andere künftig weniger.

Ab dem Jahr 2025 besteht zudem die Möglichkeit, der Einführung einer neuen Grundsteuer C. Städte und Gemeinden dürfen dann aus städtebaulichen Gründen in ausgewählten Zonen des Gemeindegebiets einen erhöhten Sonder-Hebesatz für baureife, aber noch unbebaute Grundstücke festlegen. Das ist sicherlich auch eine überlegenswerte Option für Rastatt.

Bei der Haushaltsplanung 2020 haben wir den Haushalterlass des Landes zugrunde gelegt. Die Orientierungsdaten berücksichtigen die Ergebnisse der letzten Mai-Steuerschätzung. Die sich aufgrund der aktuellen **Oktober-Steuerschätzung** ergebenden Auswirkungen hat das Land erst in den jüngsten Tagen mitgeteilt.

Die **Kopfbeträge für die Investitionspauschale** und die **Schlüsselzuweisungen** sowie die Verteilungsmasse für den **Gemeindeanteil an der Einkommensteuer** wurden leicht angehoben.

Die Verteilungsmasse für den **Familienleistungsausgleich** sowie für den **Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer** wurden hingegen in geringem Umfang gekürzt. Größere Veränderungen ergeben sich dadurch voraussichtlich nicht. Die konkreten Auswirkungen müssen wir noch berechnen und werden dies in der nächsten Planänderungsliste berücksichtigen.

Der Landrat hat zwischenzeitlich angekündigt, die **Kreisumlage** im nächsten Jahr um einen Prozentpunkt zu reduzieren. Das ist erfreulich. Die zu zahlende Umlage verringert sich daher in 2020 um rd. 890 T€. Bei der Erstellung des Entwurfs konnte das leider nicht mehr berücksichtigt werden. Allerdings hat der Landrat auch angekündigt, dass die Umlage ab 2021 wieder erhöht werden soll. Das ist für die Kommune weniger erfreulich. Wir werden daher die Senkung des Hebesatzes nur für das Jahr 2020 kalkulieren und dies ebenfalls bei der nächsten Planänderungsliste aufnehmen. Ich bedanke mich bei dem Fachbereich

Finanzwirtschaft für die Aufstellung des Haushaltsplanentwurfs sowie bei allen Fachbereichen und Dienststellen für deren Unterstützung.

Ich darf Sie, meine Damen und Herren Stadträte, nun bitten, den Haushaltsplanentwurf einschließlich der Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe ohne weitere Aussprache an die zuständigen Ausschüsse zur weiteren Beratung zu verweisen.